

---

## S 2 P 819/24

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Sozialgericht Heilbronn
Sachgebiet	Pflegeversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Gerichtsbescheid
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	undefined
Leitsätze	1.) Ausführungen zu den Gesamtpunkten in Bescheiden über Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung stellen lediglich ein Begründungselement des Anspruchs auf Leistungen nach einem bestimmten Pflegegrad dar, aber keine eigenständigen Regelungen. 2.) Eine Klage, mit der bei gleichbleibendem Pflegegrad lediglich die Feststellung einer höheren Gesamtpunktzahl nach <a href="#">§ 15 Abs 3 SGB 11</a> begehrt wird, stellt eine unzulässige Elementenfeststellungsklage dar.
Normenkette	<a href="#">SGG § 55 SGG</a> <a href="#">SGB 11 § 15 SGB 11</a>

#### 1. Instanz

Aktenzeichen	S 2 P 819/24
Datum	12.06.2024

#### 2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

#### 3. Instanz

Datum	-
-------	---

Â

**Gericht:** Sozialgericht Heilbronn

Â

---

Datum: 12.06.2024

Â

Aktenzeichen: [S 2 P 819/24](#)

Â

Entscheidungsart: Gerichtsbescheid

Â

Â

Â

Â

Â

Â

Normenkette: [Â§ 55 SGG; Â§ 15 SGB 11](#)

Â

Titelzeile: Unzulässige  
Elementenfeststellungsklage, wenn bei  
gleichbleibendem Pflegegrad lediglich die  
Feststellung einer höheren  
Gesamtpunktzahl nach [Â§ 15 SGB 11](#)  
begehrt wird

Â

Leitsatz: 1.) Ausföhrungen zu  
den Gesamtpunkten in Bescheiden über  
Leistungen der gesetzlichen  
Pflegeversicherung stellen lediglich ein  
Begründungselement des Anspruchs  
auf Leistungen nach einem bestimmten  
Pflegegrad dar, aber keine  
eigenständigen Regelungen.

Â

2.) Eine Klage, mit der bei  
gleichbleibendem Pflegegrad lediglich die

---

Feststellung einer höheren Gesamtpunktzahl nach [§ 15 Abs 3 SGB 11](#) begehrt wird, stellt eine unzulässige Elementenfeststellungsklage dar.

Ä

Ä

Tenor:

**Die Klage wird abgewiesen.**

Ä

**Außengerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.**

Ä

### **Tatbestand**

Ä

Die rechtskundig vertretene Klägerin wendet sich gegen die Anzahl gewichteter Punkte, welche die Beklagte einer Entscheidung über Leistungen nach dem Pflegegrad 2 zu Grunde gelegt hat, ohne Leistungen nach einem höheren Pflegegrad zu begehren.

Ä

Mit Bescheid vom 29.11.2022 lehnte die Beklagte einen Höherstufungsantrag der im Jahr 1945 geborenen Klägerin ab. Leistungen des Pflegegrads 3 erhalte die Klägerin, wenn eine schwere Beeinträchtigung der Selbstständigkeit vorliege (47,5 bis 69,9 Punkte). Der Medizinische Dienst (MD) habe die Beeinträchtigung der Selbstständigkeit begutachtet und festgestellt, dass bei der Klägerin eine erhebliche, aber noch keine schwere Beeinträchtigung der Selbstständigkeit vorliege. Der Grad der Beeinträchtigung erreiche den Pflegegrad 3 noch nicht. Dem Bescheid war ein Gutachten des MD vom 28.11.2022 beigelegt (auf welches im Bescheid verwiesen wurde), wonach sich der pflegerische Hilfebedarf bei der Klägerin auf 33,75 Gesamtpunkte belaufe.

Ä

Mit Bescheid vom 23.10.2023 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.3.2024 lehnte die Beklagte einen weiteren Höherstufungsantrag der Klägerin ab. Die Begründung des Bescheids vom 23.10.2023 entsprach jener des Bescheids vom 29.11.2022, allerdings wurde diesmal ein Gutachten des MD vom 19.10.2023 beigelegt, in welchem ein pflegerischer Unterstützungsbedarf im Umfang von 28,75 Gesamtpunkten angesetzt worden war.

---

Â

Die KlÃ¤gerin hat (nach einer vorangegangenen UntÃ¤chtigkeitsklage) am 17.04.2024 rechtskundig vertreten Klage beim SG Heilbronn erhoben. Mit Bescheid vom 29.11.2022 sei bei der KlÃ¤gerin eine Punktzahl von 33,75 Pflegepunkten festgestellt worden. An diesen Bescheid sei die Beklagte gebunden.

Â

Die KlÃ¤gerin beantragt ausdrÃ¼cklich (vgl. Bl. 6 SG),

Â

â den Bescheid der Beklagten vom 23.10.2023 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.3.2024 insoweit aufzuheben, als der KlÃ¤gerin 33,75 Pflegepunkte zuzusprechen sind.â

Â

Die Beklagte beantragt sinngemÃ¤Ã,

Â

die Klage abzuweisen.

Â

Sie hat sich inhaltlich nicht zum vorliegenden Verfahren geÃuert.

Â

Das Gericht hat darauf hingewiesen, dass der klÃ¤gerische Antrag nicht zulÃ¤ssig sein dÃ¼rfte. Die Gesamtpunkte dÃ¼rften lediglich ein BegrÃ¼ndungselement des Anspruchs auf Leistungen nach einem bestimmten Pflegegrad sein, aber keine eigenstÃ¤ndigen Regelungen darstellen. Entsprechend dÃ¼rften AusfÃ¼hrungen hierzu nicht der Bestandskraft zugÃ¤nglich sein. Zwar sei eine Feststellungsklage auf Feststellung einzelner Rechte und Pflichten aus einem RechtsverhÃ¤ltnis mÃglich, aber grundsÃ¤tzlich nicht wegen einzelner Elemente eines RechtsverhÃ¤ltnisses. Deswegen sei z.B. eine Klage auf Feststellung des Bestehens der teilweisen oder vollen Erwerbsminderung unzulÃ¤ssig. Ausgehend von den begehrten 33,75 Gesamtpunkten wÃ¼rden auch keine Leistungen nach einem hÃ¶heren Pflegegrad begehrt.

Â

Die KlÃ¤gerin hat daraufhin an der Klage festgehalten. Der Pflegegrad kÃ¶nne nur mit den zu ermittelnden Gesamtpunkten festgestellt werden, weshalb sich hinsichtlich der Bestandskraft des Bescheides vom 29.11.2022 eine rechtlich

---

untrennbare Einheit zwischen der Gesamtpunktzahl und dem Pflegegrad ergebe. Im Rahmen der Auslegung sei der Verfassungssatz des Bescheids vom 28.11.2022 so zu sehen, dass ein Pflegegrad 2 mit 33,75 Punkten festgestellt worden sei. Das schutzwürdige Begehren der Klägerin sei darin zu sehen, dass ausgehend vom Bescheid vom 29.11.2022 mit der Punktzahl von 33,75 Punkten bei Bindungswirkung dieses Bescheids der Pflegegrad 3 leichter erreichbar sei.

Â

Das SG hat die Beteiligten zu einer beabsichtigten Entscheidung durch Gerichtsbescheid angehort.

Â

Für den weiteren Sach- und Streitstand wird ergänzend auf die Gerichts- und Verwaltungsakte verwiesen. Diese waren Gegenstand der Entscheidungsfindung.

Â

### **Entscheidungsgründe**

Â

1. Das SG entscheidet durch Gerichtsbescheid, da die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist und der Sachverhalt geklärt ist, [Â§ 105 SGG](#).

Â

2. Gegenstand des Verfahrens ist die rechtskundig ausdrücklich beantragte Teilaufhebung des Bescheids vom 23.10.2023 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.3.2024 hinsichtlich einer von der Klägerin angenommenen Verfassung bezüglich der Gesamtpunktzahl und die (implizit beantragte) Feststellung einer Gesamtpunktzahl von 33,75. Unter Berücksichtigung des ausdrücklichen Antrags und der klägerischen Reaktion auf den erteilten richterlichen Hinweis lässt sich das klägerische Begehren nicht anders auslegen. Bei der Auslegung von Prozessklärungen von Rechtsanwälten oder vergleichbar qualifizierten Prozessbevollmächtigten ist in der Regel davon auszugehen, dass diese das Gewollte richtig wiedergeben (BSG vom 17.09.2020, [B 4 AS 13/20 R](#), Rn. 23 juris).

Â

Erhoben ist vorliegend also eine kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage gem. [Â§ 54 Abs. 1, 55 SGG](#).

Â

---

---

3. Die Klage ist insgesamt unzulässig. Die Feststellungsklage bezieht sich auf eine unzulässige Elementenfeststellung und die Anfechtungsklage richtet sich im erhobenen Umfang nicht gegen eine Regelung, sondern (allenfalls) gegen ein Begründungselement.

Â

a) Die (Teil-)Anfechtungsklage ist bereits nichts statthaft und daher unzulässig. Weder der Bescheid vom 29.11.2022, noch der Bescheid vom 23.10.2023 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 19.3.2024 enthalten regelnde Verfügungsakte zur Gesamtpunktzahl. Dies ergibt sich bereits aus dem nicht anders auszulegenden Wortlaut der Bescheide, aus dem ohne Weiteres ersichtlich ist, dass sich die Regelung jeweils in der Ablehnung eines Härtefallantrags erschöpft. Die Formulierungen in den Bescheiden enthalten auch keinerlei Ausführungen zur jeweils angenommenen konkreten Gesamtpunktzahl. Vielmehr wird nur ausgeführt, dass der Pflegegrad 3 eine schwere Beeinträchtigung der Selbstständigkeit (47,5 bis 69,9 Punkte) voraussetze, welche bei der Klägerin laut MD nicht vorliege. Selbst wenn die Gesamtpunktzahl grundsätzlich einer eigenständigen Regelung zugänglich wäre, fände sich eine solche in den genannten Bescheiden nicht. Die Anfechtungsklage richtet sich daher nicht gegen eine Regelung, weshalb sie nicht statthaft ist.

Â

b) Die Feststellungsklage ist ebenfalls unzulässig. Unabhängig davon, dass die Zulässigkeit vorliegend im Hinblick auf das Ergebnis unter 3 a) bereits an der fehlenden Vorbefassung der Beklagten mit dem Feststellungsbegehren scheitern dürfte, stellen die Gesamtpunkte lediglich ein Begründungselement des Anspruchs auf Leistungen nach einem bestimmten Pflegegrad dar, aber keine eigenständigen Regelungen.

Â

Zwar ist eine Feststellungsklage auf Feststellung einzelner Rechte und Pflichten aus einem Rechtsverhältnis möglich, aber grundsätzlich nicht wegen einzelner Elemente eines Rechtsverhältnisses (LSG Hamburg, Urteil vom 06.10.2022 [L 4 AS 82/21](#), juris Rn. 72; Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl. 2020, Â§ 55 Rn. 9). Deswegen ist z.B. eine Klage auf Feststellung des Bestehens der teilweisen oder vollen Erwerbsminderung unzulässig (Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt a.a.O. Rn. 9).

Â

Unter Anwendung dieser Grundsätze wird vorliegend eine Feststellung zu einem einzelnen Begründungselement eines Rechtsverhältnisses begehrt. Nach [Â§ 15 Abs. 1 S. 1 SGB XI](#) regelt die Beklagte nämlich Leistungen aufgrund des Pflegegrads, die Punktzahlen sind nur zur dessen Ermittlung nötig ([Â§ 15 Abs. 1 S. 2 SGB XI](#)). Die Gesamtpunktzahl ist also lediglich ein Begründungselement

---

hinsichtlich des auf Leistungen nach einem bestimmten Pflegegrad bezogenen Rechtsverhältnisses zwischen den Beteiligten.

Â

Die Argumente der KlÃ¤gerin im Klageverfahren Ã¤ndern daran nichts. Jedes Tatbestandsmerkmal einer Leistung muss zu deren Bewilligung vorliegen. Dies macht die einzelnen Tatbestandsmerkmale aber nicht zu eigenstÃ¤ndigen Regelungen. Eine Rente wegen Erwerbsminderung kann etwa nur bewilligt werden, wenn eine Erwerbsminderung vorliegt. Dennoch ist eine Klage auf Feststellung der Erwerbsminderung nach den dargestellten GrundsÃ¤tzen nicht zulÃ¤ssig. Die AusfÃ¼hrungen der KlÃ¤gerin zu einer âuntrennbaren Einheitâ Ã¼berzeugen daher nicht. Auch im Ã¼brigen vermÃ¶gen Sie kein rechtlich schÃ¤tzenswertes Interesse an einer unzulÃ¤ssigen Elementenfeststellung zu begrÃ¼nden. Das Gesetz sieht eine rechtskrÃ¤ftige Feststellung von Gesamtpunkten (anders als z.B. bei Unfallfolgen, vgl. [Â§ 55 Abs. 1 Nr. 3 SGG](#)) nicht vor.

Â

4. Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Â

Erstellt am: 28.08.2024

Zuletzt verÃ¤ndert am: 23.12.2024